

NIEDERSCHRIFT

ÜBER DIE

ÖFFENTLICHE SITZUNG DES STADTRATES

DER STADT BURGHAUSEN

IM HELMBRECHTSAAL DES STADTSAALGEBÄUDES

AM 18.09.2013

FOLGENDE 24 STADTRAT-MITGLIEDER SIND ANWESEND:

Erster Bürgermeister

Herr Hans Steindl

Zweite Bürgermeisterin

Frau Christa Seemann

Dritter Bürgermeister

Herr Rupert Bauer

Stadtrat

Frau Sabine Bachmeier

Herr Otto Becker

Herr Norbert Englisch

Herr Helmut Fabian

Frau Doris Graf

Herr Werner Jedlitschka

Herr Franz Kammhuber

Frau Fini Neumayer

Herr Roland Resch

Herr Klaus Schultheiß

Herr Norbert Stadler

Frau Gertraud Ertl

Herr Bernhard Harrer

Herr Paul Kokott

Herr Dr. Gerfried Schmidt-Thrö

Herr Norbert Stranzinger

Herr Klaus Straußberger

Herr Peter Schacherbauer

Frau Friederike Stückler

Herr Gunter Strebel

Herr Dr. Klaus Blum

Berichterstatter

Herr Helmut Best

Herr Michael Bock

Herr Alfred Eiblmeier

Herr Max Hennersperger

Herr Fritz Schwabenbauer

Protokollführer

Herr Christian Edenhoffer

ENTSCULDIGT ABWESEND:

Stadtrat

Herr Gerhard Hübner

ortsabwesend

Herr Erster Bürgermeister Hans Steindl eröffnet um 14:00 Uhr die öffentliche Sitzung des Stadtrates. Herr Erster Bürgermeister Hans Steindl stellt die ordnungsgemäße und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wird genehmigt. Die vorgetragene Entschuldigung wird/werden anerkannt.

Mit allen 23 Stimmen

T a g e s o r d n u n g s p u n k t e :

- 1. Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Stadtrats-Sitzung vom 17. Juli 2013**
- 2. Gemeindeverfassungsangelegenheiten**
 - 2.1. Ausscheiden von Frau Sabine Grundler-Grättinger aus dem Stadtrat / Feststellungsbeschluss Nachrücken von Herrn Otto Becker
 - 2.2. Vereidigung von Herrn Otto Becker als Stadtratsmitglied
 - 2.3. Hauptausschuss - Neubesetzung der Stellvertretung von Frau Stadträtin Graf / Bestellung eines Jugendreferenten
- 3. Bau- und Grundstücksangelegenheiten**
 - 3.1. Änderung des Flächennutzungsplanes mit integriertem Landschaftsplan für den Bereich Badhöringer Schlag, südlich der Haiminger Straße, östlich der Bundesstraße 20, nördlich des Alzkanals, westlich der Gleisharfe; Prüfung der fristgemäß abgegebenen Stellungnahmen; Abwägungsbeschlüsse und Feststellungsbeschluss
 - 3.2. Bebauungsplan Nr. 95 für den Bereich Erweiterung Gleisharfe OMV südlich der Haiminger Straße, östlich der Bundesstraße 20, nördlich des Alzkanals, -Teiländerung des Bebauungsplanes Nr. 83a für den Bereich Gleisharfe OMV; Prüfung der fristgemäß abgegebenen Stellungnahmen und Abwägungsbeschlüsse; Satzungsbeschluss
 - 3.3. Bebauungsplan Nr. 9e für den Bereich Krankenhausstraße (südlich), Kreiskrankenhaus (westlich), Zentrum für stationäre Schwerstpflege (nördlich); Beschlussmäßige Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen; Billigungs- und Auslegungsbeschluss
 - 3.4. Bauantrag zur Errichtung eines Mehrfamilienwohnhauses mit Tiefgarage durch August Prechtl, Glockenstraße 3, Burghausen auf den Grundstücken Fl.-Nrn. 661 und 662, Gemarkung Burghausen in der Mühlenstraße 1
 - 3.5. Vorstellung Sanierungskonzept/Maßnahmenkatalog für den Stadtsaal
 - 3.6. Vorstellung der Planungsüberlegungen für den Umbau und Erweiterung der Jugendherberge Burghausen
- 4. Finanzangelegenheiten**
 - 4.1. Heilig-Geist Spitalstiftung, Jahresabschluss 2012; Wiedervorlage
 - 4.2. Antrag der Maria Ward Realschule Burghausen auf Gewährung eines Zuschusses für Investitionen im Jahr 2013
 - 4.3. Antrag der Maria Ward Schulstiftung Passau auf Weitergewährung des jährlichen Zuschusses in Höhe von 80.000 € zum Betrieb der Realschule Burghausen
 - 4.4. Zuschuss für Einrichtung einer Kinderkrippe im Kindergarten Zu Unserer Lieben Frau
 - 4.5. Raitenhaslach Science & Study Center; Betriebs- und Nutzungskonzept

5. Sonstiges

- 5.1. Berufung eines Wahlleiters und eines stellvertretenden Wahlleiters für die Gemeindewahlen am 16. März 2014

Anfragen/Sonstiges

1. DSL-Ausbau Stadtgebiet
2. Aula Franz-Xaver-Gruber-Mittelschule
3. Komplettspernung B20
4. Burgfrieden
5. Kreuzung Robert-Koch-Straße/Mozartstraße in Richtung Berchtesgadener Straße
6. Tiefgarage Spitalgarten
7. Johannes-Hess-Schule - Tempo 30
8. Kündigungsmöglichkeit beim Zweckverband kommunale Verkehrsüberwachung Südostbayern
9. Projekt E-WALD; Elektroauto
10. Wahlkabinen
11. Kreuzung Marktler Straße / Berchtesgadener Straße
12. Bahnhofsgebäude
13. Nachbarbeschwerde zum Sportbetrieb an der Hans-Kammerer-/Franz-Xaver-Gruber-Schule
14. Parken im Stadtgebiet
15. Sanierung Burgkirchener Straße
16. Jugendreferat
17. Krankenhaus Burghausen

Vorstellung der neuen Webseite der Stadt Burghausen

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird dem Stadtrat von Herrn Fickert (Leiter Hauptverwaltung) und Frau Resch (Geschäftsführerin Burghauser Touristik GmbH) die neue Webseite der Stadt Burghausen präsentiert.

Nach Ansicht von Herrn Ersten Bürgermeister Steindl ist der neue Webauftritt transparent, innovativ und zeitgemäß. Der neue Webauftritt bietet eine umfassende Informationsvielfalt; die Themenbereiche sind gut sortiert und von der Bedeutung her richtig gewichtet. Bzgl. der Kommunikation mit der Verwaltung können von den Bürgerinnen und Bürgern viele Dinge von Zuhause aus erledigt werden. Herr Erster Bürgermeister Steindl weist darauf hin, dass sich der anfänglich gute Eindruck der beauftragten Firma letztendlich auch bestätigt hat. Lediglich die Struktur der Webseite wurde von der beauftragten Firma erarbeitet. Für die Inhaltseinstellung war die Verwaltung zuständig. Hier haben die einzelnen Sachgebiete mitgearbeitet. Herr Erster Bürgermeister Steindl dankt allen Mitarbeitern, die an der Erstellung der neuen Webseite beteiligt waren.

Herr Fickert und Frau Resch präsentieren den neuen Webauftritt.

Auf entsprechende Nachfrage von Frau Stadträtin Bachmeier erwidert Herr Fickert, dass unter Unsere Stadt – Familienstadt auf das Angebot für Menschen mit Handicap eingegangen wird.

Herr Stadtrat Englisch fragt nach, ob auf der Startseite der Stadt mit wechselnden Bildern gearbeitet wird. Seiner Ansicht nach muss die erste Seite beim Benutzer die Lust erwecken, sich weiter auf der Seite durchzuklicken. Die Startseite des Tourismus gefällt Herrn Stadtrat Englisch hier wesentlich besser.

Herr Fickert antwortet, dass das Bild jederzeit ausgewechselt werden kann.

Herr Erster Bürgermeister Steindl ergänzt, dass sich die neue Webseite nachwievor in einem offenen Prozesse befindet und jederzeit abgeändert bzw. ergänzt werden kann. Anregungen nimmt die Verwaltung hier gern entgegen.

Herr Stadtrat Harrer fragt nach, ob das Diskussionsforum für die Bürger sowohl auf der Stadt- als auch auf der Tourismuseite eingestellt ist.

Herr Fickert entgegnet, dass auf der Stadtseite wie schon auf der bisherigen Webseite das Bürgerforum mit Ideenbörse, Leserbrief und Schadensmeldung zu finden ist.

Frau Resch fügt an, dass auf der Tourismuseite eine Kontaktmöglichkeit per E-Mail besteht.

Herr Stadtrat Stranzinger verweist auf die Komplexität der Webseite und erkundigt sich, ob die Pflege der Webseite allein von Mitarbeitern der Verwaltung zu bewerkstelligen ist oder ob diesbezüglich noch ein Vertrag mit der Partnerfirma besteht.

Laut Herrn Ersten Bürgermeister Steindl besteht kein Vertrag mit der Partnerfirma. Die neue Webseite ist so aufgebaut, dass die Inhalte von den Abteilungen selbst gepflegt werden können.

Vorstellung der Planungsüberlegungen für den Umbau und Erweiterung der Jugendherberge Burghausen

Herr Erster Bürgermeister Steindl begrüßt Herrn Markert (Architekt), der die Planung für den Umbau und Erweiterung der Jugendherberge vorstellt.

Herr Erster Bürgermeister Steindl ergänzt, dass auch die elektrischen Leitungen vollkommen erneuert werden müssen. Auch stellt sich die Frage ob ein Aufzug eingebaut werden sollte, welcher nach Ansicht von Herrn Ersten Bürgermeister Steindl schon benötigt werden würde. Für die Situierung der Nasszellen wurde eine gute Lösung ausgearbeitet, auch ist die Verteilung der einzelnen Räume gut gelungen. Die Küche und der Speisesaal müssen nicht umgebaut werden, hier sind die Kapazitäten für die höhere Bettenzahl bereits vorhanden. Die jetzige Planung ist so konzipiert, dass eine Belegung der Jugendherberge auch im Frühjahr bzw. Herbst möglich ist. In der Profilierung könnte man auf eine nahezu Ganzjahresbelegung abzielen, was auch die Attraktivität der Jugendherberge zusätzlich steigern würde. Die überschlägige Kostenschätzung für die vorgestellte Variante beläuft sich auf ca. 3,5 Mio. €. Bis zum Jahresende soll die Zeit genutzt werden, in Zusammenarbeit mit Frau Abeln (Herbergsleiterin) und dem Jugendherbergswerk die genauen Kosten zu ermitteln und die Zuschussrate festzulegen. Ziel muss es sein, den Umbau der Jugendherberge Burghausen im Förderprogramm des Jugendherbergswerks für 2015/2016 entsprechend zu platzieren. Länger als 3 – 4 Jahre sollte der Umbau der Jugendherberge nicht mehr hinausgeschoben werden.

Frau Stadträtin Stückler hält die Trockenlegung des Kellers für sehr aufwändig. Sie fragt nach, in welchem Umfang die Kellerräume tatsächlich genutzt werden sollen.

Herr Markert erwidert, dass zum Teil jetzt schon Kellerräume als Seminarräume (Musikgruppen) genutzt werden. Zudem wäre bei den Räumen, die früher als Werkstätten genutzt wurden Nutzungspotential vorhanden. Bei der Kirche St. Anna hat sich die Trockenlegung mit der Drainage als probates Mittel herausgestellt. Die Kosten für die Trockenlegung wären auch überschaubar.

Auch für Herrn Ersten Bürgermeister Steindl scheidet eine aufwändige Trockenlegung des Kellers aus. Es ist nicht davon auszugehen, dass Seminarräume im Keller untergebracht werden sollen. Bei Bedarf wären zusätzliche Seminarräume im Freizeithaus und ggf. im Haus der Begegnung bzw. im Mautnerschloss vorhanden. Ziel muss es sein, miteinander effizient zu kooperieren und die freien Ressourcen in der Altstadt besser zu nutzen. Herr Erster Bürgermeister Steindl geht auch stark davon aus, dass bei entsprechendem Bedarf die im Freizeithaus vorhandenen Aufenthalts- und Seminarräume von der Jugendherberge mitgenutzt werden können. Diesbezüglich soll in Zusammenarbeit mit Frau Beck (Leiterin Freizeithaus) ein Konzept für die Nutzung der Räumlichkeiten während der Woche ausgearbeitet werden. Die Jugendherberge sollte zu einem Aufenthalts-, Freizeit- und Erlebniszentrum für verschiedene Gruppen werden. Der damit verbundene Belegungseffekt für die Altstadt ist gewollt.

Laut Herrn Stadtrat Harrer sind die Entfeuchtungsmaßnahmen nicht nur für eine Nutzung der Kellerräume notwendig. Wenn die feuchte Quelle nicht beseitigt wird besteht die Gefahr, dass die Feuchtigkeit auf die Obergeschoße übergreifen könnte.

Herr Stadtrat Englisch spricht sich dafür aus, dass die Renovierung der Jugendherberge so schnell wie möglich angegangen werden sollte. Die Jugendherberge ist gut ausgelastet und dies gilt es weiter zu erhalten indem ein entsprechender Standard geschaffen wird.

Herr Stadtrat Stadler findet es gut, dass die Sanitärbereiche den einzelnen Zimmern zugeordnet werden sollen. Aus der Erfahrung mit Schülergruppen heraus wäre es seiner Ansicht nach jedoch wichtig, wenn WC und Dusche voneinander getrennt werden würden.

Herr Stadtrat Stranzinger verweist auf das zur Jugendherberge gehörende große Areal in Richtung Salzach, das von den Gästen des Freizeithauses mitgenutzt werden kann. Hier ist auch keine Störung von umliegenden Anwohnern zu befürchten.

Herr Erster Bürgermeister Steindl erwidert, dass die Nutzung des Außenbereichs zunächst in der Planung noch nicht berücksichtigt wurde. Die Außenanlagen sollen jedoch so in das Konzept der Jugendherberge eingebunden werden, dass niemand gestört wird. Hier sind keine großen Umbauten bzw. feste Installationen geplant. Herr Erster Bürgermeister Steindl ist auch der Ansicht, dass der großzügige Außenbereich ein großer Vorteil der Jugendherberge ist, sodass die Freizeitaktivitäten eher in Richtung Salzach verlagert werden können.

Auf entsprechende Nachfrage Frau Zweiter Bürgermeisterin Seemann antwortet Herr Markert dass 4 -5 Familienzimmer angedacht sind. Diese Zahl ist grundsätzlich ausreichend, kann in den Abstimmungsgesprächen mit dem Jugendherbergswerk jedoch noch geändert werden.

Frau Zweite Bürgermeisterin Seemann hält es für sehr wichtig, dass die zur Nutzung vorgesehenen Kellerräume mit Tageslicht ausgestattet werden.

Die Frage von Herrn Stadtrat Kamhuber ob im Falle eines Aufzugs alle Etagen barrierefrei zugänglich sind, bejaht Herr Markert.

1. **Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Stadtrats-Sitzung vom 17. Juli 2013**

Es wird folgender Beschluss gefasst:

Die vorstehende Niederschrift, welche in Abdruck den Stadratsmitgliedern zugeleitet wurde, wird gemäß Art. 54 Abs. 2 GO genehmigt.

Mit allen 23 Stimmen

2. **Gemeindeverfassungsangelegenheiten**

2.1. **Ausscheiden von Frau Sabine Grundler-Grättinger aus dem Stadtrat / Feststellungsbeschluss Nachrücken von Herrn Otto Becker**

Auf die Ausführungen im HA-Protokoll wird verwiesen.

Herr Erster Bürgermeister Steindl bedankt sich persönlich und auch im Namen des Stadtrats für die langjährige und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Der gesamte Stadtrat sowie auch die Verwaltung bedauert das Ausscheiden und den Wegzug von Frau Stadträtin Grundler-Grättinger, die ihre Funktion als Stadträtin und vor allem auch als Jugendreferentin sehr offen, selbstbewusst, engagiert und durchsetzungsstark ausgeführt hat.

Frau Stadträtin Grundler-Grättinger bedankt sich für die schöne Zeit im Stadtrat. Alle Stadratsmitglieder sehen die Jugendarbeit als sehr wichtig an, sodass Projekte und Ideen einheitlich mitgetragen wurden. Frau Stadträtin Grundler-Grättinger bedankt sich auch bei der Verwaltung (Umweltabteilung, Finanzverwaltung, Rechtsabteilung) für die geleistete Unterstützung.

Herr Erster Bürgermeister Steindl überreicht Frau Stadträtin Grundler-Grättinger Blumen und ein Burghauser Gwax.

Entsprechend der Empfehlung fasst der Stadtrat folgenden Beschluss:

Der Stadtrat stellt fest, dass Frau Sabine Grundler-Grättinger aufgrund der erfolgten Verlegung ihres Hauptwohnsitzes nach Halfing zum 01.09.2013 ihr Stadtratsmandat verloren hat. Herr Otto Becker rückt als Listennachfolger in den Stadtrat nach.

Mit allen 23 Stimmen

2.2. **Vereidigung von Herrn Otto Becker als Stadratsmitglied**

Nach dem Ausscheiden von Frau Grundler-Grättinger ist Herr Otto Becker als nächster Listennachfolger Nachrücker in den Stadtrat der Stadt Burghausen. Herr Otto Becker hat mitgeteilt, dass er das Stadtratsamt annehmen wird.

Vor der Vereidigung von Herr Becker erklärt Herr Erster Bürgermeister Steindl die Verpflichtungen, die der Eid beinhaltet:

„Als ehrenamtliches Stadratsmitglied haben Sie die Ihnen übertragenen Aufgaben gewissenhaft zu erfüllen und amtliche Angelegenheiten während der Ausübung und nach Beendigung des Ehrenamtes geheim zu halten, sofern die Verschwiegenheit durch Gesetz vorgeschrieben, nach der Natur der Sache erforderlich oder durch den Stadtrat oder einen Ausschuss des Stadtrates beschlossen ist.

Sie sind ferner verpflichtet, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, die Verfassung des Freistaates Bayern, die Bayerische Gemeindeordnung und alle übrigen bestehenden und noch ergehenden Gesetze und Verordnungen sowie die Geschäftsordnung für den Stadtrat Burghausen zur Grundlage Ihres Handelns zu machen. Sie haben die Rechte und Pflichten der Selbstverwaltung zu wahren und zu erfüllen, sachlich, unparteiisch und gerecht dem Wohle der Gesamtbevölkerung zu dienen, wobei Sie sich stets den Gedanken vor Augen zu halten haben, dass nach dem Grundgesetz und der Bayerischen Verfassung alle Menschen gleich sind und nach Art. 15 der Bayerischen Gemeindeordnung alle Gemeindeangehörigen die gleichen Rechte und Pflichten gegenüber der Gemeinde haben“.

Nach diesem Hinweis vereidigt Herr Erster Bürgermeister Steindl Herrn Otto Becker.

Er bittet die Anwesenden, sich von den Plätzen zu erheben. Herr Becker bittet er, die rechte Hand zu erheben und den Eid nach Art. 31 Abs. 5 der Gemeindeordnung durch das Nachsprechen folgender Eidesformel zu leisten:

„Ich schwöre Treue dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaates Bayern. Ich schwöre, den Gesetzen gehorsam zu sein und meine Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen. Ich schwöre, die Rechte der Selbstverwaltung zu wahren und ihren Pflichten nachzukommen, so wahr mir Gott helfe.“

Nach der Eidesleistung unterschreibt Herr Becker die Niederschriften über seine Vereidigung.

2.3. Hauptausschuss - Neubesetzung der Stellvertretung von Frau Stadträtin Graf / Bestellung eines Jugendreferenten

In Folge des Ausscheidens von Frau Sabine Grundler-Grättinger ist die Stellvertretung von Frau Stadträtin Graf im Hauptausschuss mit einem Mitglied der SPD-Fraktion neu zu besetzen. Ebenso ist ein/e neue/r Jugendreferent/in zu bestellen.

Es wird folgender Beschluss gefasst:

1. Für den Hauptausschuss wird mit sofortiger Wirkung Herr Stadtrat Becker als Stellvertreter von Frau Stadträtin Graf bestellt.
2. Für den Ferienausschuss wird mit sofortiger Wirkung Herr Stadtrat Becker als ordentliches Mitglied bestellt.
3. Als Jugendreferent wird mit sofortiger Wirkung Herr Stadtrat Resch bestellt.
4. Der Stadtrat billigt die aus den Beschlüssen zu Ziffer 1 bis 3 resultierenden Änderungen der Anlagen zur Geschäftsordnung.

Mit allen 24 Stimmen

3. Bau- und Grundstücksangelegenheiten

3.1. Änderung des Flächennutzungsplanes mit integriertem Landschaftsplan für den Bereich Badhöringer Schlag, südlich der Haiminger Straße, östlich der Bundesstraße 20, nördlich des Alzkanals, westlich der Gleisharfe; Prüfung der fristgemäß abgegebenen Stellungnahmen; Abwägungsbeschlüsse und Feststellungsbeschluss

Auf die Ausführungen im BA-Protokoll wird verwiesen.

Herr Stadtrat Strebel sieht es nachwievor für sinnvoll an, dass die Fläche für die Industrie hier erschlossen werden soll. An den eingegangenen Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange sieht man jedoch, wie schwierig es ist, dieses Vorhaben mit dem Naturschutz zu vereinen. Dem wird durch die im Flächennutzungsplan dargestellten Maßnahmen (u. a. Eingrünung) Rechnung getragen. Da die Flächen östlich der B 20 nicht mehr vergrößert werden können, sollten die grünordnerischen Maßnahmen soweit wie möglich reduziert werden, damit so viel Fläche wie möglich werksnah erschlossen werden kann. Die bestehende Industrie mit der dargestellten Erweiterungsoption sowie das KV-Terminal sind in Bezug auf die Arbeitsplätze wichtig und von überregionaler Bedeutung. Herr Stadtrat Strebel spricht nochmals die für das gesamte Industriegebiet festgelegte Lärmkontingentierung an. Hier ist wichtig, dass sich die Industrieunternehmen für zukünftige Industrieerweiterungen gegenseitig abstimmen. Ziel der Unternehmen sollte auch eine Reduzierung der Lärmemissionen sein. Herr Stadtrat Strebel spricht sich auch für die Entwicklung eines interkommunalen Flächenmanagements aus, das nach seiner Auffassung für eine Entwicklung gemeinsam mit den Nachbargemeinden unabdingbar ist.

Problematisch sieht er die Blockadehaltung der Nachbarkommunen hinsichtlich der Ortsumgehung Burghausen. Die Einstufung der Ortsumgehung in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans könnte sich dadurch verschieben, was Unsicherheiten für eine zukünftige Flächenentwicklung im Nahbereich der Stadt Burghausen erzeugen könnte. Herr Stadtrat Strebel bittet zudem darum, die von der Stadt in den letzten Jahren geschaffenen Ausgleichsflächen (Umwandlung von Forst in Wald, neu angelegte Waldflächen) der Öffentlichkeit anhand einer Plandarstellung aufzuzeigen.

Herr Stadtrat Harrer verlässt den Sitzungssaal.

Herr Erster Bürgermeister Steindl ist der Ansicht, dass die Entscheidung über den vordringlichen Bedarf der Ortsumgehung nicht von der unterschiedlichen Auffassung der jeweiligen Kommunen abhängig gemacht werden darf. Grundlage für die Entscheidung sind die Stellungnahmen der Obersten Baubehörde und des Straßenbauamts Traunstein, in denen eindeutig die Einstufung in den vordringlichen Bedarf befürwortet wird. Die Stadt hat nach Meinung von Herrn Ersten Bürgermeister Steindl einen klaren politischen Anspruch darauf, dass die nächsten Baumaßnahmen an der B20 in Burghausen erfolgen müssen. Überall sonst ist die B20 bereits nahezu vollständig ausgebaut.

Entsprechend der Empfehlung fasst der Stadtrat folgenden Beschluss:

Die Erkenntnisse aus der öffentlichen Auslegung werden in der vorstehenden Art und Weise abgewogen bzw. berücksichtigt. Die Änderung des Flächennutzungsplanes mit integriertem Landschaftsplan wird festgestellt. Die Verwaltung wird beauftragt, die Flächennutzungsplanänderung beim Landratsamt Altötting zur Genehmigung vorzulegen und das zu erstellende Gutachten wegen der Lärmkontingentierung für den Bereich westlich der erweiterten Gleisharfe bis zur B20 nachzureichen.

Mit allen 23 Stimmen

3.2. Bebauungsplan Nr. 95 für den Bereich Erweiterung Gleisharfe OMV südlich der Haiminger Straße, östlich der Bundesstraße 20, nördlich des Alzkanals, -Teiländerung des Bebauungsplanes Nr. 83a für den Bereich Gleisharfe OMV; Prüfung der fristgemäß abgegebenen Stellungnahmen und Abwägungsbeschlüsse; Satzungsbeschluss

Auf die Ausführungen im BA-Protokoll wird verwiesen.

Auf entsprechende Nachfrage von Herrn Stadtrat Strebel antwortet Herr Hengersperger, dass die Schienenschmieranlage wie im Lärmschutzgutachten (Firma Müller BBM GmbH, Planegg) aufgeführt und als Festsetzung in den Bebauungsplan Nr. 95 aufgenommen wurde. Die OMV muss als Schienennetzbetreiber diese Schienenschmieranlage auf Gleisen mit einem Radius unter 300 m im Bereich der Gleisharfe umsetzen.

Herr Stadtrat Harrer kommt in den Sitzungssaal zurück.

Herr Erster Bürgermeister Steindl ergänzt, dass die Industrie aufgrund der Selbstverpflichtungserklärung im Umweltschutz zur Einhaltung der Vorschriften verpflichtet ist. Sollten dennoch Lärmbeschwerden auftreten, müssten entsprechende Lärmmessungen durchgeführt werden.

Entsprechend der Empfehlung fasst der Stadtrat folgenden Beschluss:

Die Erkenntnisse aus der öffentlichen Auslegung werden in der vorstehenden Art und Weise abgewogen und berücksichtigt. Der Stadtrat beschließt den Bebauungsplan Nr. 95 mit Begründung vom 10.09.2013 sowie den Umweltbericht vom 10.09.2013 als Satzung. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bebauungsplan im Anschluss an die Genehmigung der parallelen Änderung des Flächennutzungsplanes bekannt zu machen. Das Abwägungsergebnis ist den betroffenen Stellen mitzuteilen.

Mit allen 24 Stimmen

3.3. Bebauungsplan Nr. 9e für den Bereich Krankenhausstraße (südlich), Kreiskrankenhaus (westlich), Zentrum für stationäre Schwerstpflege (nördlich); Beschlussmäßige Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen; Billigungs- und Auslegungsbeschluss

Auf die Ausführungen im BA-Protokoll wird verwiesen.

Herr Erster Bürgermeister Steindl weist darauf hin, dass in dem Bebauungsplanverfahren ausschließlich die baurechtliche Seite zu würdigen ist und hier alle baurechtlichen Vorschriften eingehalten werden. Daher kann das Verfahren wegen der in der nichtöffentlichen Sitzung des Bauausschusses am 10.09. angesprochenen Bedenken nach Ansicht von Herrn Ersten Bürgermeister Steindl auch nicht verzögert werden. Er sichert jedoch nochmals zu, ein Gespräch mit den Beteiligten zu führen.

Herr Stadtrat Stranzinger stimmt im Namen der CSU-Fraktion dem Auslegungsbeschluss zu und bittet darum, dass dieses Gespräch bis zur nächsten Beschlussfassung über den Bebauungsplan geführt wird.

Es wird folgender Beschluss gefasst:

Die Erkenntnisse aus der GrobAbstimmung werden in der vorstehenden Art und Weise abgewogen bzw. berücksichtigt. Der Bebauungsplanentwurf Nr. 9e in der Fassung vom 18.09.2013 wird mit den in der Planzeichnung und im Textteil enthaltenen Festsetzungen und der Begründung gebilligt. Die Verwaltung wird beauftragt, die öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch und die Benachrichtigung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch durchzuführen.

Mit allen 24 Stimmen

3.4. Bauantrag zur Errichtung eines Mehrfamilienwohnhauses mit Tiefgarage durch August Prechtl, Glockenstraße 3, Burghausen auf den Grundstücken Fl.-Nrn. 661 und 662, Gemarkung Burghausen in der Mühlenstraße 1

Auf die Ausführungen im BA-Protokoll wird verwiesen.

Da bzgl. der Renaturierung des Bachlaufs in den nächsten Wochen mit Herrn Prechtl noch diverse Detailfragen zu klären sind soll laut Herrn Ersten Bürgermeister Steindl der vorliegende Bauantrag des Gebäudes unter der Annahme betrachtet werden, dass der Bachlauf so wie er jetzt verläuft bestehen bleibt.

Entsprechend der Empfehlung fasst der Stadtrat folgenden Beschluss:

Das Einvernehmen nach § 36 Baugesetzbuch wird erteilt. Die vorhandenen Bäume sind soweit möglich zu erhalten. Die Renaturierung des Mühlbaches muss noch mit dem Landratsamt Altötting abgestimmt werden.

Mit allen 24 Stimmen

3.5. Vorstellung Sanierungskonzept/Maßnahmenkatalog für den Stadtsaal

Auf die Ausführungen im BA-Protokoll wird verwiesen.

Herr Stadtrat Stadler begrüßt es sehr, dass der Stadtsaal optimiert werden soll. Die Sichtverhältnisse und Akustik sind stark verbesserungswürdig. Bzgl. der genauen Kostensituation sollte bald Klarheit bestehen, damit die Maßnahmen in den nächsten 2 – 3 Jahren umgesetzt werden können.

Herr Erster Bürgermeister betont, dass der Stadtsaal nachwievor als Mehrzwecksaal genutzt werden und hierfür auch eine gewisse Robustheit bestehen bleiben sollte. Andernfalls wären verschiedene Veranstaltungen nicht mehr durchführbar. Defizite bestehen momentan beim Sprechtheater. Es sollen jedoch auch keine überstürzten Maßnahmen getroffen werden. Wichtig ist ein vernünftiges Grundkonzept, das dem Saalcharakter und dem Kulturpublikum gerecht wird. Herr Erster Bürgermeister Steindl ergänzt, dass sich die Kosten für die Öffnung des Bühnenportals laut Kostenschätzung auf ca. 60.000 € belaufen.

Auf entsprechende Nachfrage von Herrn Stadtrat Kammhuber antwortet Herr Erster Bürgermeister Steindl, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen aufgrund der relativ kurzen Umsetzungszeit auch in Teilschritten realisierbar wären.

Nach Ansicht von Herrn Stadtrat Dr. Blum sollte man sich auch die Erfahrungen anderer Kommunen einholen, die schon Säle umgebaut haben.

Laut Herrn Ersten Bürgermeister Steindl haben die meisten vergleichbaren Städte mit Theaterbühnen neue Spielstätten mit neuerem technischen Standard errichtet (s. Bürgerzentrum Burgkirchen). Es wurden auch im Stadtsaal schon mehrere Maßnahmen durchgeführt (Elektronik, Scheinwerfer, Bühnenseilzüge und Tribüne). Eine generelle Zäsur erfolgte jedoch noch nicht. Herr Erster Bürgermeister Steindl stellt auch klar, dass bei dem vorhandenen Raumvolumen die Verhältnisse zwar optimiert werden können, man jedoch keine optimalen Verhältnisse erreichen wird. Bzgl. eines Umbaus des Helmbrechtsaals wurde ein Planungsauftrag erteilt. Die Kosten werden im Rahmen der Haushaltsvorberatung für das Jahr 2014 vorgestellt.

Von diesem Bericht wird Kenntnis genommen.

Mit allen 24 Stimmen

4. Finanzangelegenheiten

4.1. Heilig-Geist Spitalstiftung, Jahresabschluss 2012; Wiedervorlage

Auf die Ausführungen im HA-Protokoll wird verwiesen.

Entsprechend der Empfehlung fasst der Stadtrat folgenden Beschluss:

Der Stadtrat nimmt von dem gemäß §§ 4, 5 Pflege-Buchführungsverordnung (PBV) erstellten Jahresabschluss 2012 der Heilig-Geist Spitalstiftung ohne Erinnerung Kenntnis und stellt das Rechnungsergebnis gemäß Art. 102 Abs. 3 GO fest.

Mit allen 24 Stimmen

4.2. Antrag der Maria Ward Realschule Burghausen auf Gewährung eines Zuschusses für Investitionen im Jahr 2013

Auf die Ausführungen im HA-Protokoll wird verwiesen.

Entsprechend der Empfehlung fasst der Stadtrat folgenden Beschluss:

Die Stadt Burghausen gewährt der Maria Ward Realschule Burghausen für die Anschaffung von Schulmöbeln und die notwendigen Sanierungsmaßnahmen in drei Klassenräumen einen Zuschuss von 30.000 €.

Nach Abschluss der Maßnahmen ist der Stadt Burghausen eine Gesamtkostenabrechnung vorzulegen.

Die erforderlichen Mittel werden im Nachtragshaushalt 2013 bei HHSt. 2201.9880 bereitgestellt.

Mit allen 24 Stimmen

4.3. Antrag der Maria Ward Schulstiftung Passau auf Weitergewährung des jährlichen Zuschusses in Höhe von 80.000 € zum Betrieb der Realschule Burghausen

Auf die Ausführungen im HA-Protokoll wird verwiesen.

Entsprechend der Empfehlung fasst der Stadtrat folgenden Beschluss:

Die Stadt Burghausen gewährt der Maria Ward Schulstiftung Passau ab dem Jahr 2014 für den Zeitraum von weiteren drei Jahren (2014 bis 2016) für die Realschule in Burghausen einen jährlichen Zuschuss von 80.000 € zur Aufrechterhaltung des laufenden Schulbetriebs.

Die erforderlichen Mittel werden in den Haushalten 2014 bis 2016 bei HHSt. 2201.7060 bereitgestellt.

Mit allen 24 Stimmen

4.4. Zuschuss für Einrichtung einer Kinderkrippe im Kindergarten Zu Unserer Lieben Frau

Auf die Ausführungen im HA-Protokoll wird verwiesen.

Herr Stadtrat Englisch fragt nach, ob es bzgl. einer Übernahme des Kindergartengebäudes schon neuere Erkenntnisse gibt.

Herr Erster Bürgermeister Steindl erwidert, dass hierzu ein erstes Gespräch mit den Kirchenvertretern stattgefunden hat. Fakt ist, dass die Pfarrverwaltung die notwendige Dachsanierung weder mit eigenen, noch mit zusätzlichen Mitteln der Diözese Passau finanzieren kann. Das restliche Gebäude befindet sich weitgehend in einem guten Zustand. Herr Erster Bürgermeister Steindl hat in dem Gespräch deutlich gemacht, dass eine Gebäudeüberübernahme nur mittels Erbpachtvertrag oder Überführungsvertrag denkbar wäre und die Stadt keine Kosten aufwenden wird.

Entsprechend der Empfehlung fasst der Stadtrat folgenden Beschluss:

Die Stadt Burghausen gewährt dem Träger des Kindergartens, der Pfarrkirchenstiftung Zu Unserer Lieben Frau, für die Errichtung einer Kinderkrippe einen weiteren Zuschuss von 40.000 €.

Diese Mittel werden im Nachtragshaushalt 2013 bei HHSt. 4640.9880 (Kindergarten ZULF) bereitgestellt.

Mit allen 24 Stimmen

4.5. Raitenhaslach Science & Study Center; Betriebs- und Nutzungskonzept

Auf die Ausführungen im HA-Protokoll wird verwiesen.

Herr Stadtrat Kokott wiederholt seine Aussage aus der Hauptausschusssitzung vom 11.09., dass das Science & Study Center im Erfolgsfall eine gute Reklame für Burghausen ist und dann auch entsprechend unterstützt werden sollte. Im Namen der CSU-Fraktion kann Herr Stadtrat Kokott dem Betriebskostenzuschuss von 1,5 Mio. € verteilt auf 25 Jahre zustimmen, da das Science & Study Center als ähnlich wertvoll angesehen wird wie die in Burghausen stattfindenden Konzerte, dem vorhandenen Kulturangebot oder der Internationalen Jazzwoche. Der Betriebskostenzuschuss sollte nach Meinung von Herrn Stadtrat Kokott auch im Falle einer Gewinnerzielung des Science & Study Centers weiterhin ausbezahlt werden, da das Science & Study Center nur Gewinne erzielen kann wenn das Konzept erfolgreich ist. Eine entsprechende Frage dahingehend wurde bereits innerhalb der CSU-Fraktion aufgeworfen.

Nach Ansicht von Herrn Stadtrat Stadler befindet man sich nun mit der angedachten Nutzung für das ehem. Klosterareal Raitenhaslach auf dem besten Weg. Man hat es geschafft, das Kleinod Raitenhaslach so zu konfigurieren, dass alle zufrieden sein können.

Auch Frau Stadträtin Stückler begrüßt im Namen der UWB-Fraktion die Entwicklung von Raitenhaslach und dass das ehem. Klosterareal in seiner einmaligen Situation so erhalten bleiben und genutzt werden kann. Es sind jedoch noch einige Fragen offen, die geklärt werden müssen (bspw. Übernachtungsmöglichkeiten für alle Teilnehmer und Parkplatzsituation).

Herr Stadtrat Dr. Schmidt-Thrö stimmt Frau Stadträtin Stückler zu, dass man sich bzgl. der Parkplätze und Übernachtungsmöglichkeiten Gedanken machen muss. Wichtig ist auch zu prüfen, wie bestehende Übernachtungsbetriebe in das Konzept mit eingebunden werden können. Hier gibt es für die Arbeitsgruppe Raitenhaslach noch viel zu tun.

Herr Erster Bürgermeister Steindl weist darauf hin, dass die Unterzeichnung des Betriebs- und Nutzungsvertrags durch den Präsidenten (Hr. Prof. Herrmann) und dem Kanzler (Hr. Berger) der TU München als Geburtsstunde für die Wissenschaftsstadt Burghausen gefeiert werden kann. Herr Erster Bürgermeister Steindl bestätigt, dass es nun eine der schwierigsten Aufgaben ist, die Frage der Stellplätze zu regeln. Wenn man vom Konzept her das Science & Study Center ruhig und meditativ gestalten will, können im Nahbereich keine Parkplätze ausgewiesen werden. Raitenhaslach wird sich vom Dorfkern her verändern müssen, was auch das Kirchenleben in Raitenhaslach beeinflussen wird. Man steht hier jedoch nicht unter Zeitdruck, sodass hier in Ruhe gearbeitet werden kann.

Es wird folgender Beschluss gefasst:

1. Der Stadtrat stimmt dem vorgestellten Betriebs- und Nutzungskonzept zu.
2. Der Stadtrat stimmt der Überlassung der Gebäulichkeiten an die TU München auf die Dauer von 25 Jahren zur Umsetzung des Konzepts Science & Study Center Raitenhaslach unter den genannten Rahmenbedingungen zu, die Verwaltung wird mit der Ausarbeitung eines entsprechenden Überlassungsvertrages beauftragt.
3. Der Stadtrat stellt gemäß dem vorgelegten Konzept ab dem Jahr 2014 für die Vertragslaufzeit von 25 Jahren einen jährlichen Betriebskostenzuschuss von 50.000 €, nach jeweils fünf Jahren um 5.000 € p.a. ansteigend, in Aussicht.

Mit allen 24 Stimmen

5. Sonstiges

5.1. Berufung eines Wahlleiters und eines stellvertretenden Wahlleiters für die Gemeindewahlen am 16. März 2014

Auf die Ausführungen im HA-Protokoll wird verwiesen.

Entsprechend der Empfehlung fasst der Stadtrat folgenden Beschluss:

Der Stadtrat beruft Herrn Michael Bock zum Wahlleiter für die Gemeindewahlen und Frau Monika Prenninger zur stellvertretenden Wahlleiterin für die Gemeindewahlen für die Kommunalwahl 2014.

Mit allen 24 Stimmen

Anfragen/Sonstiges

1. DSL-Ausbau Stadtgebiet

Herr Erster Bürgermeister Steindl berichtet dem Stadtrat, dass von der Verwaltung folgende Gebiete als voraussichtliche Erschließungsgebiete (Gewerbe- bzw. Kumulationsgebiete) für das Förderverfahren festgelegt wurden:

- Wohngebiet am Emetsberger Hof
- Gewerbegebiet Lindach
- Lückenschluss Scheuerhof – Raitenhaslach (Raitenhaslach Science & Study Center und auch schon im Hinblick auf ein evtl. Baugebiet Scheuerhof III)

Die Fördersatzte betragen 40, 50, 60 und 80% (je nach Finanzkraft der jeweiligen Kommune) der wirtschaftlichen Deckungslücke des Netzbetreibers. Der Förderhöchstbetrag beträgt je Kommune 500.000 €. Das restliche Stadtgebiet ist bereits gut mit Internet bis zu 100 Mbit/s durch Kabel Deutschland versorgt.

Herr Stadtrat Resch weist darauf hin, dass es im Stadtgebiet noch Stellen gibt, die noch nicht mit DSL-Geschwindigkeit versorgt sind. Er bittet darum, für diese Gebiete ebenfalls eine schnellere Internetversorgung zu erreichen.

2. Aula Franz-Xaver-Gruber-Mittelschule

Laut Frau Stadträtin Graf sind im Rahmen der Aula-Renovierung die zwei Glashäuser (Ruheraum und Bibliothek sowie Aufenthaltsraum für Fahrschüler) abgebaut worden. Sie bittet zu prüfen, ob für die Fahrschüler (ca. 70 Schüler) wieder ein Ruheraum errichtet werden kann, da dieser in den Mittagsstunden dringend benötigt werden würden.

Herr Erster Bürgermeister Steindl entgegnet, dass aufgrund eines entsprechenden Schreibens der Schulleitung der Sachverhalt bereits mit Herrn Dritten Bürgermeister Bauer (Schulreferent) besprochen wurde. Gemeinsam mit der Schulleitung, dem Architekten und dem Planer soll die Situation vor Ort besichtigt und ggf. Alternativen geprüft werden.

Auf entsprechende Nachfrage von Herrn Stadtrat Englisch erwidert Herr Dritter Bürgermeister Bauer, dass die bisherigen Glaskonstruktionen nicht mehr verwendet werden können. Man wird hier jedoch eine geeignete Lösung finden.

3. Komplettspernung B20

Herr Stadtrat Kamhuber dankt der Bauverwaltung und den beteiligten Baufirmen, dass aufgrund der schnellen Bauzeit die ursprünglich auf 3 Wochen angesetzte Vollsperrung der B20 für die Einbeziehung des Brückenbauwerks (über das Zuführungsgleis zum KV-Terminal) in die B20 um 1 Woche verkürzt werden konnte.

4. Burgfrieden

Herr Stadtrat Kamhuber fragt nach, warum die Straßensanierung des Burgfrieden von der Krankenhausstraße in Richtung AWO-Altenheim nicht fertig ausgeführt wurde.

Nachrichtlich:

Die weiterführenden Belagsarbeiten am Burgfrieden wurden aus Kostengründen im Jahr 2013 nicht realisiert. Zur Realisierung müsste die Maßnahme entsprechend im Haushalt 2014 berücksichtigt werden. Da die Grundleitungen bereits verlegt sind würden hier nur Belagsarbeiten fällig, was kostengünstiger als ein Komplettausbau wird.

5. **Kreuzung Robert-Koch-Straße/Mozartstraße in Richtung Berchtesgadener Straße**

Herr Stadtrat Fabian weist darauf hin, dass beim Radweg auf Höhe der Kreuzung Robert-Koch-Straße/Mozartstraße die Bordsteinkante weggebrochen und die Teerschicht aufgerissen ist. Dies resultiert daher, dass Lkws von der Bayerischen Alm kommend beim Abbiegen in Richtung Berchtesgadener Straße über den Bordstein des Radwegs fahren müssen, da sich der Gegenverkehr von der Berchtesgadener Straße aus kommend am Kreuzungsbereich oftmals zweispurig aufreihet. Herr Stadtrat Fabian fragt nach, ob durch Straßenmarkierung der Kreuzungsbereich auf eine Spur reduziert oder die Bordsteinkante des Radwegs großflächiger abgesenkt werden könnte.

Frau Stadträtin Bachmeier und Herr Stadtrat Dr. Blum verlassen den Sitzungssaal.

Herr Stadtrat Stadler ergänzt, dass die Verkehrsbelastung auf der Berchtesgadener Straße wesentlich angestiegen ist und es dadurch immer wieder zu problematischen Situationen an den Kreuzungen Mozartstraße/Berchtesgadener Straße und Mozartstraße/ Robert-Koch-Straße kommt.

Herr Erster Bürgermeister Steindl bestätigt, dass es sich hier um eine problematische Kreuzungssituation handelt. Aufgrund der räumlichen Begebenheiten bestehen hier auch nur wenige Handlungsmöglichkeiten. Zudem handelt es sich hier auch um keinen Unfallschwerpunkt. Laut Verkehrszählungen ist kein gravierender Anstieg des Verkehrs zu verzeichnen.

Nachrichtlich:

Das Ordnungsamt wird im Oktober per Statistikgerät Zahlen zu den im Bereich Robert-Koch-Straße/Höhe Metzgerei Senden stattfindenden Verkehrsbewegungen erheben und diese dem Stadtrat vorlegen.

6. **Tiefgarage Spitalgarten**

Auf entsprechende Nachfrage von Herrn Stadtrat Fabian antwortet Herr Erster Bürgermeister Steindl, dass für die Überdachung der Tiefgaragenabgänge eine Planung erstellt wurde, die Maßnahme jedoch aufgrund der unklaren Kostensituation für die Tiefgaragenanierung zunächst zurückgestellt wurde.

7. **Johannes-Hess-Schule - Tempo 30**

Frau Stadträtin Bachmeier und Herr Stadtrat Dr. Blum kommen in den Sitzungssaal zurück.

Herr Stadtrat Jedlitschka fragt nach welche Erfahrungen bisher mit der Geschwindigkeitsbeschränkung auf Tempo 30 vor der Johannes-Hess-Schule gemacht und welche gefahrenen Geschwindigkeiten bei den Geschwindigkeitsmessungen wurden. Herr Stadtrat Jedlitschka weist zudem darauf hin, dass die Geschwindigkeitsbeschränkung auf Tempo 30 nach der Johannes-Hess-Schule nicht mehr aufgehoben wird.

Nachrichtlich:

Bisher liegt die gemessene Durchschnittsgeschwindigkeit bei 37 km/h. Tagsüber verhindert der Ein- und Ausparkverkehr in diesem Bereich wirksam höhere Geschwindigkeiten. Die Aufhebung der Begrenzung auf 30 km/h erfolgt auf Höhe Robert-Koch-Straße 11 und ist bereits beauftragt.

8. **Kündigungsmöglichkeit beim Zweckverband kommunale Verkehrsüberwachung Südostbayern**

Herr Stadtrat Strebel verweist auf einen Zeitungsartikel des Burghauser Anzeigers, in dem Herr Bürgermeister Krichenbauer (Gemeinde Burgkirchen) ankündigt, aus dem Zweckverband austreten zu wollen. Nach Ansicht von Herrn Bürgermeister Krichenbauer wiegen die Gründe dabei so schwer, dass für den Austritt die erforderliche 2/3-Mehrheit der Verbandsversammlung nicht benötigt wird.

Herr Erster Bürgermeister Steindl sieht die Problematik nicht ganz so kritisch. In der letzten Verbandsversammlung haben er und Herr Bürgermeister Krichenbauer zwar Kritik an den vorgelegten und unzureichend aufbereiteten Unterlagen geübt. Beide Bürgermeister stimmten auch gegen diese Unterlagen und gegen die Erhöhung der Vergütungspauschalen. Herr Erster Bürgermeister Steindl ist jedoch der Meinung, dass die von der Gemeinde aufgeführte Begründung von der Rechtsaufsichtsbehörde nicht als derartig wichtiger Grund für den Verzicht der 2/3-Mehrheit angesehen wird. Dass falsche Messungen ausgeführt werden oder kein qualifiziertes Personal eingesetzt wird kann für Messungen in Burghausen ausgeschlossen werden. Laut Herrn Ersten Bürgermeister Steindl gibt die Stadt die Messpunkte, Messzeiten und Messdauer vor. Die Messungen werden vom Zweckverband durchgeführt und der Stadt in Rechnung gestellt. Die Zusammenarbeit mit dem Zweckverband funktioniert problemlos und es gibt derzeit keinen Grund, die Mitgliedschaft zu kündigen.

9. Projekt E-WALD; Elektroauto

Auf entsprechende Nachfrage von Frau Stadträtin Stückler erwidert Herr Erster Bürgermeister Steindl, dass das Elektroauto im Rahmen des E-WALD-Projekts als kostenlose Leihstellung der Stadt zur Verfügung gestellt wurde. Auf dem angedachten Stellplatz wird auch von Seiten E-WALD eine Ladesäule errichtet. Diese kann dann von jedem anderen Nutzer eines Elektroautos mitbenutzt werden. Deswegen wurde bewusst der prominente Stellplatz gegenüber dem Rathaus gewählt. Ziel der Stadt ist es auch, dadurch Werbung für die Elektromobilität zu machen.

10. Wahlkabinen

Herr Stadtrat Schacherbauer hat bei der Landtags- und Bezirkswahl am vergangenen Sonntag beobachtet, dass die Wahlkabinen zu gering ausgeleuchtet sind. Vor allem ältere Personen haben deshalb mit dem Stimmzettel die Wahlkabinen wieder verlassen. Herr Stadtrat Schacherbauer bittet darum bei der Bundestagswahl am kommenden Sonntag entsprechende Maßnahmen zu treffen, dass die Stimmzettel in den Wahlkabinen besser lesbar sind.

11. Kreuzung Marktler Straße / Berchtesgadener Straße

Herr Stadtrat Dr. Schmidt-Thrö bittet zu prüfen ob für den abbiegenden Verkehr von der Berchtesgadener Straße in die Marktler Straße eine Spur für Rechtsabbieger errichtet werden kann, damit es nicht – so wie jetzt – zu langen Rückstauungen auf der Berchtesgadener Straße kommt.

Laut Herrn Ersten Bürgermeister Steindl ist hierfür eine wesentliche Verbreiterung der Straße nötig. Zudem sollte abgewartet werden, ob und wie das Kammergruber-Grundstück bebaut wird.

12. Bahnhofsgebäude

Da die Wartehalle des Bahnhofsgebäudes des Öfteren als Aufenthaltsraum (mehrere Stunden) genutzt wird, sollten nach Ansicht von Herrn Stadtrat Dr. Schmidt-Thrö an den Heizkörpern in der Wartehalle Thermostate angebracht werden, die nicht verstellt werden können.

13. Nachbarbeschwerde zum Sportbetrieb an der Hans-Kammerer-/Franz-Xaver-Gruber-Schule

Ein Thema, das Herrn Stadtrat Stranzinger (auch in seiner Funktion als TV-Vorstand) sehr am Herzen liegt ist der Sportbetrieb der Damen-Fußballabteilung des TV 1868 Burghausen e. V. auf dem Sportgelände an der Hans-Kammerer-/Franz-Xaver-Gruber-Schule. Zum einen steht hier die Flutlichtanlage im Fokus, die aufgrund der Nachbarbeschwerden mittlerweile so eingestellt ist, dass nur noch 50% des Sportplatzes nutzbar sind. Die Fußballspiele können somit nicht mehr regelkonform abgehalten werden. Auch bzgl. der Lärmbeschwerden hat man von Seiten des TV bereits reagiert und schon entsprechende Maßnahmen ergriffen. Zum anderen wurden von Seiten des TV die Fußballspiele von Sonntag auf Samstag gelegt, um einen Sportbetrieb am Sonntag weitgehendst zu vermeiden. Auch die Trainer achten darauf, dass während des Trainings und der Spiele der Geräuschpegel nicht zu laut ist. Was jedoch für Herrn Stadtrat Stranzinger zu weit geht ist, dass Spielerinnen und Trainer der U13 und U15 wüst beschimpft werden.

Auch Herr Stadtrat Kokott sieht in den Beschimpfungen eine nicht mehr tolerierbare Grenze überschritten. Die Mädchen zwischen 10 und 15 Jahren haben aufgrund der Beschimpfungen Angst und trauen sich nicht mehr ihrem Sport nachzukommen. Es sollte versucht werden mit Hilfe von Stadt, Ordnungsamt, Polizei und Sicherheitswacht hier einzugreifen.

Nach Ansicht von Herrn Ersten Bürgermeister Steindl ist nur die Familie, die direkt an den Sportplatz angrenzt wirklich betroffen. Hier ist man von Seiten der Stadt insoweit entgegengekommen, dass der Basketballbetrieb auf dem Hartplatz entsprechend geregelt wurde. Die Spielfläche an der Mozartstraße hält Herr Erster Bürgermeister Steindl für uneingeschränkt nutzbar. Die Stadt garantiert von Seiten der Bauverwaltung die Nutzung des Geländes. Auch die Flutlichtanlage wird wieder so eingestellt, dass der Sportplatz wieder voll nutzbar ist. Bzgl. der Beschimpfungen weist Herr Erster Bürgermeister Steindl darauf hin, dass die Provokateure nicht unbedingt dem umliegenden Nachbarschaft zugeordnet werden können. Bisher sind keinerlei Beschwerden von den direkten Anwohnern der Mozartstraße zu verzeichnen.

Herr Erster Bürgermeister Steindl erteilt das Wort an Frau Stockner (Abteilungsleiterin Damenfußball des TV 1868 Burghausen e. V.). Frau Stockner bestätigt, dass in den letzten Wochen die Mädchen der U13 und U15 verstärkt beschimpft werden und die Mädchen dadurch erheblich verunsichert sind. Trainer und Verantwortliche des Vereins haben versucht die Urheber der Beschimpfungen ausfindig zu machen, was jedoch noch nicht gelang.

Herr Dritter Bürgermeister Bauer hat grundsätzlich Verständnis dafür, dass Betroffene eine andere Sichtweise an den Tag legen. Jedoch handelt es sich hier um eine Schule und der „Lärm“ der Schulkinder bzw. der Fußball-Damen und –Mädchen sollte auch für umliegende Nachbarschaft hinnehmbar sein. Hier muss der gesamte Stadtrat zeigen, dass man komplett hinter dem Sportbetrieb der Damen-Fußballabteilung steht.

Auch Herr Erster Bürgermeister Steindl kann kein Belästigungspotential erkennen und bestätigt, dass die Stadt in keinster Weise von der eingeschlagenen Linie abweichen wird. Zudem ist es das Ziel der Stadt, dass die bisher ungenutzten Sportflächen besser genutzt werden.

Herr Stadtrat Straußberger schlägt vor, dass Frau Stockner die Polizeiinspektion Burghausen darum bitten könnte, dass während des Trainings und der Spiele die Sicherheitswacht rund um den Sportplatz patrouliert.

14. Parken im Stadtgebiet

Herr Stadtrat Harrer weist darauf hin, dass auf der Burgkirchener Straße immer wieder Autos geparkt werden, wodurch beim Abbremsen und Beschleunigen der Lkws und Pkws (bei Gegenverkehr) unnötiger Lärm entsteht. Herr Stadtrat Harrer fragt nach, welche Maßnahmen gegen das Abstellen von Fahrzeugen auf der Burgkirchener Straße ergriffen werden können. Außerdem parkt auf einem städtischen Parkplatz an der Unghauser Straße seit ca. einem halben Jahr ein zu einem Wohnmobil umgebauter Lkw.

Frau Stadträtin Graf verlässt den Sitzungssaal.

Laut Herrn Ersten Bürgermeister Steindl ist die Problematik bekannt. Das Parken von Pkws auf der Burgkirchener Straße (Gemeindeverbindungsstraße) ist jedoch rechtlich erlaubt. Ein Verbot kann durch Aufbringen einer durchgezogenen Linie oder durch Errichten von Halteverboten erreicht werden. Bzgl. der abgestellten Wohnmobile, Wohnwägen usw. erklärt Herr Erster Bürgermeister Steindl, dass diese im Rahmen der wöchentlichen Stadtrundfahrten der Kommunalen Verkehrsüberwachung erfasst werden. Ein Handeln von Seiten der Stadt ist jedoch erst nach 14 Tagen möglich – vorausgesetzt die Fahrzeuge wurden nicht bewegt.

Auf beigefügte Anlage wird verwiesen.

Nachrichtlich:

Der Wohnmobil-LKW wird laufend beobachtet. Verwarnungen wurden bereits erteilt.

Zum Parkverkehr an der Burgkirchener Straße: im Bereich Badhöringer bis Hechenbergstraße wird per durchgezogener Linie (Restfahrbahnbreite zwischen Fahrzeug und durchgezogener Mittellinie > 3m = Parkverbot) der Parkverkehr unterbunden. Lediglich für die dazwischen befindlichen Straßen Mehringer und Josef-von-Eichendorff-Straße wird die Linie durchbrochen, um ein- wie ausfahrendem Verkehr die Querung zu genehmigen. Grundstücksanrainer dürfen die Zufahrten in Fahrtrichtung der Burgkirchener Straße verlassen.

15. **Sanierung Burgkirchener Straße**

Herr Dritter Bürgermeister Bauer fragt nach ob es richtig ist, dass sich die Stadt finanzielle an der Sanierung der Burgkirchener Straße beteiligt.

Herr Erster Bürgermeister Steindl erwidert, dass ursprünglich keine finanzielle Beteiligung von Seiten der Stadt angedacht war. Es hat sich jedoch herausgestellt, dass die Kosten für die Ausbesserungsmaßnahmen von ca. 35.000 € nicht so hoch sind wie ursprünglich erwartet. Herr Bürgermeister Wengbauer (Gemeinde Mehring) hat in einem Gespräch mit Herrn Ersten Bürgermeister darum gebeten, dass sich die Stadt hier finanziell beteiligt. Aufgrund der niedrigeren Kosten und auch als Signal, dass die Stadt das gute Verhältnis mit der Gemeinde Mehring aufrechterhalten will, hat Herr Erster Bürgermeister Steindl eine städtische Beteiligung von 1/3 der Kosten in Aussicht gestellt. Die Tempobeschränkung (60 km/h) sollte dann jedoch wieder aufgehoben werden.

16. **Jugendreferat**

Herr Stadtrat Resch dankt dem Stadtrat für das in ihn gesetzte Vertrauen in einer Stadt wie Burghausen, in der Jugendarbeit einen so hohen Stellenwert hat, als Jugendreferent tätig sein zu dürfen.

17. **Krankenhaus Burghausen**

Laut Herrn Stadtrat Becker gibt es innerhalb der Bevölkerung die Befürchtung, dass nach dem Wahlkampf Einsparungen im Klinikbereich vorgenommen werden – insbesondere dass dadurch die Notfallversorgung in Burghausen wegfallen könnte. Herr Stadtrat Becker würde sich wünschen, wenn sich der Stadtrat hierzu entsprechend positioniert.

Herr Erster Bürgermeister sieht die Situation im Moment nicht so kritisch wie sein Vorredner. Herr Erster Bürgermeister Steindl bestätigt, dass einige Abteilungen defizitär geführt werden (bspw. Geriatrieabteilung). Dies liegt jedoch u. a. daran, dass die zu leistenden Fallpauschalen der Krankenkassen festgeschrieben sind und nicht zur Kostendeckung der Fachabteilungen ausreichen. So sind die Einnahmen bisher im Vergleich zum letzten Jahr gesunken, obwohl die Fallzahlen im gleichen Zeitraum gegenüber 2012 um 500 zugenommen haben. Aufgrund der Tatsache, dass in Burghausen auch eine Akutgeriatrie besteht, kann sich Herr Erster Bürgermeister Steindl nicht vorstellen, dass diese Geriatrieabteilung aufgelöst wird. Zudem ist die Abteilung auch sehr gut belegt. Des Weiteren muss man beachten, dass Burghausen nicht nur eine Wohnstadt, sondern auch eine Wirtschafts- und Industriestadt ist und im Notfall eine schnelle Versorgung der täglich ca. 17.000 Arbeitnehmer gewährleistet sein muss. Nach Ansicht von Herrn Ersten Bürgermeister Steindl könnte jedoch die Gefäßchirurgie zur Diskussion gestellt werden, da hier noch Synergieeffekt mit dem Krankenhaus Altötting bestünden. Herr Erster Bürgermeister Steindl betont, dass sich Herr Landrat Schneider und alle Fraktionen im Kreistag einig sind, dass das Krankenhaus Burghausen als kommunales Krankenhaus bestehen bleiben soll.

Vor einer Fusion mit einem anderen Klinikum will Herr Stadtrat Schultheiß warnen, da dann zwei defizitäre Unternehmen miteinander verbunden werden würden.

Ende der öffentlichen Sitzung: 17:20 Uhr

Burghausen, 18.09.2013

STADT BURGHAUSEN

**HANS STEINDL
ERSTER BÜRGERMEISTER**

**CHRISTIAN EDENHOFFER
PROTOKOLLFÜHRER**